

ALEXANDER HOEPPPEL

NS-Justiz
und Rechtsbeugung

*Beiträge zur Rechtsgeschichte
des 20. Jahrhunderts*

Mohr Siebeck

Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts

herausgegeben von

Thomas Duve, Hans-Peter Haferkamp, Joachim Rückert
und Christoph Schönberger

109



Alexander Hoeppe

NS-Justiz und Rechtsbeugung

Die strafrechtliche Ahndung deutscher
Justizverbrechen nach 1945

Mohr Siebeck

Alexander Hoeppe, geboren 1984; Studium der Neueren und Neuesten Geschichte, der Politischen Wissenschaft und der Philosophie; Wissenschaftliche Mitarbeiter am Zentralinstitut für Angewandte Ethik und Wissenschaftskommunikation an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg; Projektleiter des Model United Nations Projektes der Universität Erlangen-Nürnberg (FAUMUN); Lehrbeauftragter für Verhandlungslehre ebenda; seit 2017 selbstständiger Verhandlungstrainer; 2018 Promotion.
orcid.org/0000-0002-0679-2120

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Geschwister Boehringer Ingelheim Stiftung für Geisteswissenschaften in Ingelheim am Rhein.

ISBN 978-3-16-157022-3 / eISBN 978-3-16-157023-0

DOI 10.1628/978-3-16-157023-0

ISSN 0934-0955 / eISSN 2569-3875

(Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2019 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen in der Times New Roman gesetzt und auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Dieses Buch widme ich meinem Vater Jochen, ohne dessen Unterstützung,
intellektuelle Anregungen und konstruktive Kritik die Realisierung der Arbeit
nicht möglich gewesen wäre.

Vorwort

Die Auseinandersetzung mit einem Thema, das nicht nur der geschichtswissenschaftlichen, sondern auch der rechtswissenschaftlichen Betrachtung bedarf, war eine spannende und herausfordernde Aufgabe, die zu meistern ohne eine Vielzahl helfender Hände nicht möglich gewesen wäre. Dabei hatte ich das große Glück, dass mir mit meinem Vater Dr. Jochen Hofmann-Hoeppele ein Gesprächspartner zur Seite stand, dessen Expertise in beiden Disziplinen mir Vorbild und große Hilfe war. In dieser Hinsicht ist auch die Unterstützung durch Prof. Dr. Horst Dreier dankend hervorzuheben. Weit über das sonst übliche Maß hinaus unterstützte er als Zweitgutachter nicht nur durch abschließende Bewertung, sondern durch konstruktive und scharfsinnige Kritik. Dank gilt auch der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, ohne deren Promotionsstipendium die effiziente Bearbeitung des Themas kaum denkbar gewesen wäre. Neben der finanziellen Unterstützung waren es v. a. die Diskussionen mit Stipendiaten unterschiedlicher Disziplinen und die in Kooperation mit dem Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung Dresden durchgeführten Konzeptwerkstätten, die Fortgang und Konzeption der Arbeit positiv beeinflussten.

Nürnberg, den 10.07.2019

Alexander Hoeppele

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Einleitung	1
A. <i>NS-Justiz – Forschungsstand und einleitende Bemerkungen</i>	1
B. <i>„Der Historiker als Richter – der Richter als Historiker“: Einleitende Bemerkungen zum Umgang mit der Vergangenheit und der Bedeutung der strafrechtlichen Aufarbeitung der NS-Justiz</i>	35
Kapitel 1: Rechtsphilosophische, methodologische und strafrechtsdogmatische Propädeutik	55
A. <i>Die Quelle des Rechts – rechtsphilosophische Grundfragen systemübergreifender Rechtsprechung anhand der Radbruchschen Formel</i>	55
B. <i>Die strafrechtliche Aufarbeitung der NS-Verbrechen als Kristallisationspunkt strafrechtsdogmatischer Grundfragen und der lange Atem der Jurisprudenz</i>	109
Kapitel 2: Die strafrechtliche Aufarbeitung der NS-Verbrechen durch die Alliierten und die Übergabe an die bundesrepublikanische Justiz	181
A. <i>Von der Erklärung von St. James bis zum Nürnberger „Hauptkriegsverbrecherprozess“ – Verbrechen gegen den Frieden</i>	181
B. <i>Die Entwicklung des Tatbestands der Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Spannungsfeld zwischen Naturrecht und Rechtspositivismus während des International Military Tribunal und der Nürnberger „Nachfolgeprozesse“</i>	188
C. <i>Nachlassende Akzeptanz – Der High Command Case</i>	199
D. <i>Die schrittweise Übergabe der Verantwortung an die bundesrepublikanische Gerichtsbarkeit</i>	204

Kapitel 3: Rechtsbeugende Rechtspositivisten vor Gericht – NS-Justiz und Rechtsbeugung	211
<i>A. Das Recht der Quelle und das Recht als Quelle – Methodik der Analyse</i>	211
<i>B. Analyse der Verfahren</i>	223
Kapitel 4: Bilanz der strafrechtlichen Aufarbeitung der NS-Justiz und aktuelle Fragen	487
<i>A. Der gewundene Weg zum Richterprivileg</i>	487
<i>B. Vom SS-General zum Fahren ohne Versicherungsschutz</i>	492
Kapitel 5: Der liberale Rechtsstaat im Gewirr der Nachweisketten	503
Kapitel 6: Zusammenfassung in Thesen	507
Quellen- und Literaturverzeichnis	513
<i>A. Ungedruckte Quellen</i>	513
<i>B. Gedruckte Quellen</i>	513
<i>C. Gerichtsurteile</i>	565
Sachregister	577
Namensregister	581

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Einleitung	1
A. <i>NS-Justiz – Forschungsstand und einleitende Bemerkungen</i>	1
B. <i>„Der Historiker als Richter – der Richter als Historiker“: Einleitende Bemerkungen zum Umgang mit der Vergangenheit und der Bedeutung der strafrechtlichen Aufarbeitung der NS-Justiz</i>	35
Kapitel 1: Rechtsphilosophische, methodologische und strafrechtsdogmatische Propädeutik	55
A. <i>Die Quelle des Rechts – rechtsphilosophische Grundfragen systemübergreifender Rechtsprechung anhand der Radbruchschen Formel</i>	55
I. Aporien des Diskurses zwischen Naturrecht und Rechtspositivismus	55
II. Gustav Radbruch und das überpositive Recht – eine textnahe Analyse	64
III. Gustav Radbruch und das Richterprivileg	81
IV. Gustav Radbruch und die Rückwirkung – Funktionalitäten der Radbruchschen Formel	93
V. Zur Unterscheidung von Unrecht und „Nicht-Recht“	99
B. <i>Die strafrechtliche Aufarbeitung der NS-Verbrechen als Kristallisationspunkt strafrechtsdogmatischer Grundfragen und der lange Atem der Jurisprudenz</i>	109
I. Zur Unterscheidung der verschiedenen Betrachtungsebenen	109
II. Legalisierung durch Führerwillen? – Die rechtswissenschaftliche Diskussion um die Rechtsauffassung zwischen rechtsphilosophischen Höhen und strafrechtsdogmatischen Untiefen	112

III.	Recht und Unrecht – zum alltagssprachlichen und wissenschaftlichen Gebrauch von Worten und Begriffen	127
IV.	„Rechtsstaat“, „Unrechtsstaat“, „Nicht-Rechtsstaat“ – Strafrechtliche Aufarbeitung und die Grenzen holistischer Begriffsbildung	142
V.	Ergebnisorientierter Eklektizismus, juristisches Neuland oder historiographische Gebietserweiterung? – Zur Entwicklung der Rechtsprechung zur Befehlsproblematik bis zum Demjanjuk-Prozess	153
VI.	„Rückwirkende Auslegung“ – Strafrecht und Mauerschützen .	167
	Kapitel 2: Die strafrechtliche Aufarbeitung der NS-Verbrechen durch die Alliierten und die Übergabe an die bundesrepublikanische Justiz	181
A.	<i>Von der Erklärung von St. James bis zum Nürnberger „Hauptkriegsverbrecherprozess“ – Verbrechen gegen den Frieden . .</i>	181
B.	<i>Die Entwicklung des Tatbestands der Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Spannungsfeld zwischen Naturrecht und Rechtspositivismus während des International Military Tribunal und der Nürnberger „Nachfolgeprozesse“</i>	188
C.	<i>Nachlassende Akzeptanz – Der High Command Case</i>	199
D.	<i>Die schrittweise Übergabe der Verantwortung an die bundesrepublikanische Gerichtsbarkeit</i>	204
	Kapitel 3: Rechtsbeugende Rechtspositivisten vor Gericht – NS-Justiz und Rechtsbeugung	211
A.	<i>Das Recht der Quelle und das Recht als Quelle – Methodik der Analyse</i>	211
B.	<i>Analyse der Verfahren</i>	223
I.	Das Verfahren um die Erschießung des Dompredigers Dr. Maier	223
	1. Landgericht Weiden 19. Februar 1948 – frühe Notwendigkeit des dolus directus	224
	2. Beschluss des OLG Nürnberg 2. November 1948 – Absage an die Sonderstellung	236
	3. Schwurgericht Amberg 4. Oktober 1949 – Freispruch auch ohne Privileg	240
II.	Das Verfahren um die Todesurteile gegen drei Marinesoldaten nach der Kapitulation im Mai 1945 – Der Fall Petersen	242

1.	Landgericht Hamburg 4. Juni 1948 – erste Formulierung des Richterprivilegs	245
2.	Eine Zwischenbilanz – ein Vergleich zweier Urteile	248
3.	OGHBZ 7. Dezember 1948 – rechtsdogmatische Konfusion	250
4.	Landgericht Hamburg 4. August 1949 – Überlagerung des objektiven Tatbestands	257
5.	Bundesgerichtshof 29. Mai 1952 – privilegierte Beisitzer und benachteiligte Gehilfen	262
6.	Landgericht Hamburg 27. Februar 1953 – unglückliche Amalgamierung	268
III.	Das Verfahren um das Todesurteil gegen Franz Graf von Montgelas	273
1.	Landgericht Nürnberg-Fürth 17. September 1948 – mildes Urteil ohne Sperrwirkung	273
2.	Oberlandesgericht Nürnberg 15. Juli 1949 – Absage an die Privilegierung	276
IV.	Zwischenbilanz: Vielstimmige Orientierungsphase	278
V.	Das Verfahren gegen den ehemaligen Kölner Landgerichtsdirektor Walter Müller	279
1.	Landgericht Bonn 4. November 1948 und OGHBZ 10. Mai 1949	279
2.	Landgericht Bonn 13. März 1950 – Verleitung zur Rechtsbeugung	284
3.	Bundesgerichtshof 16. Dezember 1952 – vorsätzlich unlogisch?	287
4.	Landgericht Bonn 17. Juni 1953 – Täterstrafrecht mit versetzten Vorzeichen	290
VI.	Das Verfahren gegen Generalleutnant Rudolf Hübner – „im Volk verwurzelt Rechtsdenken“ und formalrechtliche Mängel	293
VII.	Das Verfahren um die Erschießung des Arztes Dr. Brand in Lohr	299
1.	Landgericht Aschaffenburg 6. Dezember 1948 – Tötung ohne Rechtsbeugung	300
2.	OLG Bamberg 1. April 1949 – kein Privileg bei Scheinverfahren	304
3.	Schwurgericht Würzburg 30. November 1949 und Bayerisches Oberstes Landesgericht 19. April 1950	310
4.	Schwurgericht Würzburg 10. August 1950 – hilfsweise fahrlässig	314
VIII.	Der schillernde Begriff des „Scheinverfahrens“ I – eine Zwischenbilanz	315

IX.	Das Verfahren um die Erschießung des Polizeikommandeurs von Düsseldorf	318
	1. Landgericht Düsseldorf 5. März 1949 – „in allen Kulturstaaten todeswürdig“	318
	2. OGHMZ 15. November 1949 – Menschlichkeitsverbrechen ohne Rechtsbeugung?	323
	3. Landgericht Wuppertal 13. Dezember 1950 und Bundesgerichtshof 4. Dezember 1952	328
X.	Das Verfahren gegen den ehemaligen Geschwaderrichter Hagemann	331
	1. Landgericht Kiel 23. Mai 1949 und OGHMZ 18. Oktober 1949 – Rückwirkung und Sittengesetz	332
	2. Landgericht Kiel 25. September 1950 – Ausnutzung der Leerräume	338
XI.	Das Verfahren um das Todesurteil gegen Friedrich Max Heymann	341
	1. Urteile des Schwurgerichts Würzburg vom 3. Dezember 1949	342
	2. Schwurgericht Würzburg 19. Mai 1950 und Bayerisches Oberstes Landesgericht 25. Oktober 1950	343
XII.	Das Verfahren um das Todesurteil gegen Werner Holländer wegen „Rassenschande“ – der Richter als Positivist, Mensch und Philosoph	346
	1. Landgericht Kassel 28. Juni 1950 – rechtsphilosophische Sachverhaltsverfälschung	347
	2. Oberlandesgericht Frankfurt 7. Februar 1951 – eigentümliches Textverständnis	352
	3. Landgericht Kassel 29. März 1952 – eigentümliche Rechtspositivisten	355
XIII.	Das Verfahren gegen Dr. Johannes Paulick – Kabinett der Tätertypen	358
XIV.	Der Huppenkothlen-Prozess: Scheinverfahren als condicio sine qua non	363
	1. Landgericht München 16. Februar 1951 und Bundesgerichtshof 12. Februar 1952	364
	2. Landgericht München 5. November 1952 und Bundesgerichtshof 30. November 1954	373
	3. Landgericht Augsburg 15. Oktober 1955 – verwirrende Optionen	378
	4. Bundesgerichtshof 19. Juni 1956 – Der Verlust der Täter	383
XV.	Der schillernde Begriff des „Scheinverfahrens“ II	390
XVI.	Das Verfahren um das „Fliegende Standgericht Helm“	392

XVII.	Das Verfahren um die Erschießung des Matrosen Wolfgang Nowack in Kristiansand	394
	1. Landgericht Hamburg 12. Juni 1951 und Bundesgerichtshof 12. Dezember 1952	395
	2. Landgericht Hamburg 17. April 1953	397
	3. Landgericht Würzburg 29. November 1952 – Rechtsbeugung im Scheinverfahren	399
	4. Bundesgerichtshof 9. Juni 1953 – die Vorsatzform der Tötung	403
XVIII.	Der schillernde Begriff des „Scheinverfahrens“ III	406
XIX.	Das Simon-Verfahren: Rechtsbeugung als <i>condicio per quam</i> widerrechtlicher Tötung	409
	1. Landgericht Ansbach 19. Oktober 1955 – Charakterstudien und Rechtsbeugung	410
	2. Bundesgerichtshof 7. Dezember 1956 – Durchsetzung der Sperrwirkung	418
	3. Landgericht Nürnberg 23. April 1958 – Himmler und der abendländische Kulturkreis	424
	4. Bundesgerichtshof 30. Juni 1959 – Beharren auf dem objektiven Tatbestand	429
	5. Landgericht Ansbach 23. Juli 1960 – Radbruch und das Täterstrafrecht	436
XX.	Zwischenbilanz: Täterstrafrechtliche Flexibilität	441
XXI.	Scheinverfahren wider Willen? – Das Standgericht in Gründelhardt	442
	1. Landgericht Ellwangen 14. Juni 1956 und Bundesgerichtshof 29. November 1957 – die Prüfung des nicht begehbaren Straftatbestandes	442
	2. Landgericht Ellwangen 5. Mai 1961 – Autolyse des Scheinverfahrens	444
	3. Das Verfahren um die Todesurteile gegen die Soldaten Juchheim und Linde	446
XXII.	Das Verfahren gegen Hans-Joachim Rehse	448
	1. Die Denunziantin und ihre Richter – zur Vorgeschichte des Rehse-Verfahrens	448
	2. Landgericht Berlin 3. Juli 1967 – positivistische Verblendung	452
	3. Bundesgerichtshof 30. April 1968 – der weiche Begriff der übermäßigen Härte	457
	4. Landgericht Berlin 6. Dezember 1968 – Absicherung über das täterbezogene Mordmerkmal	463
XXIII.	Der umfassende Schutz des Richters – die fragwürdige Rolle des 5. BGH-Senats	469

XXIV. Das Verfahren gegen Ferber und Hoffmann: Vom richterlichen Totschlag zum Mord	475
1. Landgericht Nürnberg-Fürth 5. April 1968 – teilweise Objektivierung des Tatbestandes	476
2. Bundesgerichtshof 21. Juli 1970 – Rückkehr ins Subjektive	479
3. Verblendung durch die Rechtspositivismuslegende – Das Ende der Aufarbeitung	483
 Kapitel 4: Bilanz der strafrechtlichen Aufarbeitung der NS-Justiz und aktuelle Fragen	 487
<i>A. Der gewundene Weg zum Richterprivileg</i>	<i>487</i>
<i>B. Vom SS-General zum Fahren ohne Versicherungsschutz</i>	<i>492</i>
 Kapitel 5: Der liberale Rechtsstaat im Gewirr der Nachweisketten	 503
 Kapitel 6: Zusammenfassung in Thesen	 507
 Quellen- und Literaturverzeichnis	 513
<i>A. Ungedruckte Quellen</i>	<i>513</i>
<i>B. Gedruckte Quellen</i>	<i>513</i>
<i>C. Gerichtsurteile</i>	<i>565</i>
1. Analyisierte Urteile zum Tatbestand der Rechtsbeugung	565
2. Weitere Urteile	569
3. Aufgrund des Beratungsgeheimnisses oder des Abstimmungsergebnisses eingestellte Verfahren	574
 Sachregister	 577
Namensregister	581

Schrecklicher ist die Tyrannei der Form!
Außer der Form ist die Barbarei!
Heinrich Laube, Gräfin Chateaubriant

Denn wo Gespenster Platz genommen,
Ist auch der Philosoph willkommen.
Damit man seiner Kunst und Gunst sich freue,
Erschafft er gleich ein Dutzend neue.
Johann Wolfgang von Goethe, Faust II

Abkürzungsverzeichnis

AHR	The American Historical Review
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie
BayGVBl.	Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BGHSt	Sammlung der Entscheidungen des BGH in Strafsachen
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BJ	Betrifft Justiz
DJZ	Deutsche Juristen-Zeitung
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
FF	Forum Familien- und Erbrecht
GBl.	Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik
GRGA	<i>Radbruch, Gustav</i> , Gesamtausgabe in 20 Bänden. Hrsg. von Arthur Kaufmann (GRGA), Heidelberg 1987 ff.
GuG	Geschichte und Gesellschaft
GStAnw	Generalstaatsanwaltschaft
HESt	Höchstrichterliche Entscheidungen in Strafsachen
HRRS	Onlinezeitschrift für Höchstrichterliche Rechtsprechung zum Strafrecht
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
JA	Juristische Arbeitsblätter
JoJZG	Journal der Juristischen Zeitgeschichte. Zeitschrift für die Rechts- geschichte des 19. bis 21. Jahrhunderts
JURA	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	JuristenZeitung
KJ	Kritische Justiz
KSSVO	Kriegssonderstrafrechtsverordnung
KStVO	Kriegsstrafverfahrensordnung
LA	Landesarchiv
LG	Landgericht
LHA	Landeshauptarchiv
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MStGB	Militärstrafgesetzbuch
NJ	Neue Justiz

NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NStZ (RR)	Neue Zeitschrift für Strafrecht (Rechtsprechungs-Report Strafrecht)
OGHBZ	Oberster Gerichtshof für die Britische Zone
OGHSt	Amtl. Sammlung der Entscheidungen des OGHBZ in Strafsachen
OLG	Oberlandesgericht
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RzW	Rechtsprechung zum Wiedergutmachungsrecht
SJZ	Süddeutsche Juristenzeitung
StA	Staatsarchiv
StAnw	Staatsanwaltschaft
StRR	StrafRechtsReport
StV	Strafverteidiger
UNWCC	United Nations War Crime Commission
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VOBIGG	Verordnungsblatt für das Generalgouvernement
VVO	Verordnung gegen Volksschädlinge
ZKJ	Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe
ZRGG	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte: Germanistische Abteilung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZgS	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft
ZIS	Zeitschrift für internationale Strafrechtsdogmatik
ZJBl.	Zentrales Justizblatt für die Britische Zone
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium
ZNR	Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte
ZSt.	Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen
Ludwigsburg	
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft

Einleitung

A. NS-Justiz – Forschungsstand und einleitende Bemerkungen

„Naturrecht“¹ – so lautet das letzte Wort der Vorschule zur Rechtsphilosophie von *Gustav Radbruch* und zugleich die Antwort auf die Frage, wie nach dem Untergang des „Dritten Reichs“ mit den deutschen Verbrechen unter strafrechtlichen Gesichtspunkten umzugehen sei. Sieht man in der Geschichte die stetige Aktualisierung mythologischer Topoi, so steht am Anfang der Auseinandersetzung mit staatlichem Unrecht die *Antigone* des *Sophokles*. Nachdem diese sich über das von *Kreon*, dem König von Theben, verhängte Bestattungsverbot hinweggesetzt und ihren gefallenen Bruder *Polyneikes* beerdigt hatte, antwortete sie auf die Frage, wie sie es habe wagen können, das königliche Gesetz zu übertreten:

„Es war ja Zeus nicht, der es mir verkündet hat,
noch hat die Gottheit, die den Toten Recht erteilt,
je für die Menschen solche Satzungen bestimmt.
Auch glaubte ich, so viel vermöchte kein Befehl
Von dir, um ungeschriebene, ewige, göttliche
Gesetze zu überrennen als ein Sterblicher.
Denn nicht von heut und gestern, sondern immerdar
Bestehn sie: niemand weiß, woher sie kommen sind.“²

Der hier zum Ausdruck kommende Gegensatz zwischen Gesetzesgehorsam und der Geltung überpositiven Rechts stand „gleichsam an der Wiege rechtsphilosophischen Denkens“³ und bot in aktualisierter Form eine Projektionsfläche für die Bewertung des Verhaltens deutscher Juristen während des nationalsozialistischen Systems. Da bereits mit *Antigone* der Widerstreit zwischen Rechtspositivismus und Naturrecht scheinbar⁴ zugunsten eines moralisch höherwertigen, göttlichen Rechts

¹ *Radbruch, Gustav*, Vorschule der Rechtsphilosophie (1948), in: *Radbruch, Gustav*, Rechtsphilosophie. Bearb. v. Winfried Hassemer (*Gustav Radbruch*, Gesamtausgabe. Hrsg. von Arthur Kaufmann 1987 ff., III), Heidelberg 1990, S. 121–227, S. 227).

² *Willige, Wilhelm/Bayer, Karl* (Hrsg.), *Sophokles Dramen*. Griechisch und deutsch, Düsseldorf⁵ 2007, S. 209.

³ *Dreier, Horst*, Naturrecht und Rechtspositivismus. Pauschalurteile, Vorurteile, Fehlerurteile, in: *Härle, Wilfried/Vogel, Bernhard* (Hrsg.), „Vom Rechte, das mit uns geboren ist“. Aktuelle Probleme des Naturrechts, Freiburg 2007, S. 127–170, S. 131.

⁴ „Es scheint hier [in der *Antigone* des *Sophokles*, A.H.] so, als seien positives Gesetz und

entschieden worden war, bedurfte es nach 1945 lediglich einer Rückbesinnung auf die bereits mythologisch offenbarte Wahrheit nach vorübergehender Orientierungslosigkeit. Ausgehend von der einflussreichen Interpretation *Gustav Radbruchs*, der Rechtspositivismus habe „mit seiner Überzeugung ‚Gesetz ist Gesetz‘ den deutschen Juristenstand wehrlos gemacht gegen Gesetze willkürlichen und verbrecherischen Inhalts“⁵, suchte man den Anschluss an eine naturrechtliche Traditionslinie.⁶ Die Lesart vom „geschichtliche[n] ‚Sündenfall‘ der Rechtswissenschaft von den Höhen des religiös-fundierte[n] Naturrechts in die Tiefen des macht-fundierte[n] Positivismus“⁷ ermöglichte eine wortmächtige moralische Verurteilung⁸ und gab zugleich Gele-

natürliches Recht schon in der Antike weit auseinandergetreten. Doch in der für das Naturrechtsdenken maßgeblichen Hinsicht ist das nicht der Fall. So werden für Aristoteles Recht und Moral aus einer einzigen Quelle gespeist. In seiner Philosophie (sowenig wie in der Dichtung des Sophokles) hat eine abstrakte Rechtsbegründung, die von der ethischen Qualität des konkreten Gesetzes absieht, keinen Platz.“ (*Alwart, Heiner*, Recht und Handlung. Die Rechtsphilosophie in ihrer Entwicklung vom Naturrechtsdenken und vom Positivismus zu einer analytischen Hermeneutik des Rechts, Tübingen 1987, S. 16). Auch eine sittliche Höherwertigkeit kann – zumindest, wenn man *Hegels* Interpretation des Stoffes folgt – nicht vorausgesetzt werden: „Kreon ist nicht ein Tyrann, sondern ebenso eine sittliche Macht. Kreon hat nicht Unrecht; er behauptet, daß das Gesetz des Staats, die Autorität der Regierung geachtet werde[n muss] und Strafe aus der Verletzung folgt. Jede dieser beiden Seiten verwirklicht nur die eine der sittlichen Mächte, hat nur die eine derselben zum Inhalt. Das ist die Einseitigkeit, und der Sinn der ewigen Gerechtigkeit ist, daß beide Unrecht erlangen, weil sie einseitig sind, aber damit auch beide Recht.“ (*Hegel, Georg Wilhelm Friedrich*, Vorlesungen über die Philosophie der Religion; Vorlesungen über die Beweise vom Dasein Gottes, Frankfurt am Main 1969, S. 133). Zu diesem Zusammenhang vgl. auch *Hofmann*: „Nach Hegel verkörpert nicht nur Antigone, sondern auch Kreon eine sittliche Macht. Tatsächlich handelt dieser, wenn er sich später auch starrsinnig verrennt, nicht von Anfang an tyrannisch. Vielmehr hat er zunächst einsehbare Gründe: Nach beispiellosen Erschütterungen müssen die Verhältnisse geklärt und stabilisiert, muß die Autorität der Königsherrschaft gefestigt, den Untertanen wieder Sicherheit der Orientierung vermittelt werden. Andererseits hat auch Antigone nicht schlechthin das göttliche Recht für sich. Nur die unteren, die Totengötter sind es, die sie beschwört, nicht die olympischen.“ (*Hofmann, Hasso*, Neuere Entwicklungen in der Rechtsphilosophie. Vortrag gehalten vor der Juristischen Gesellschaft zu Berlin am 13. Dezember 1995 (Schriftenreihe der Juristischen Gesellschaft zu Berlin 145), Berlin 1996, S. 6).

⁵ *Radbruch, Gustav*, Gesetzliches Unrecht und übergesetzliches Recht, in: SJZ 1 (5/1946), S. 105–108, S. 107.

⁶ Dabei wurde unter Positivismus meist „Gesetzespositivismus“ verstanden. Eine allgemeine Definition des „Positivismus“ lässt sich am ehesten anhand der „Trennungsthese“ bestimmen. „Diese sagt, daß der Begriff des Rechts so zu definieren ist, daß er keine moralischen Elemente einschließt. [...] Dem positivistischen Rechtsbegriff bleiben damit nur zwei Definitionselemente: das der ordnungsgemäßen oder der autoritativen Gesetztheit und das der sozialen Wirksamkeit. Die zahlreichen Varianten des Rechtspositivismus resultieren aus unterschiedlichen Interpretationen und Gewichtungen dieser beiden Definitionselemente. Ihnen allen gemeinsam ist, daß das, was Recht ist, ausschließlich davon abhängt, was gesetzt und/oder wirksam ist.“ (*Alexy, Robert*, Begriff und Geltung des Rechts. Freiburg 1992, S. 15–17).

⁷ *Tomberg, Valentin*, Degeneration und Regeneration der Rechtswissenschaft, Bonn 1946, S. 13.

⁸ Ähnliche Deutungen finden sich z. B. bei: *Püschel, Wilhelm*, Der Niedergang des Rechts im

genheit, individuelle Verantwortlichkeiten und Beteiligung an Verbrechen auszublenzen. Die Rechtspositivismuslegende und mit dieser der Antipositivismus wurden „zum Gründungsmythos, zur Gründungslegende der westdeutschen Republik.“⁹ Unter „Positivismuslegende“ kann zum einen die „Wehrlosigkeitsthese“, also die Behauptung, die deutsche Juristenschaft sei aufgrund einer vorherrschenden rechtspositivistischen Lehre außerstande gewesen, sich gegen staatliches Unrecht effektiv zur Wehr zu setzen, zum anderen eine grundlegende Kritik an der vom Rechtspositivismus vertretenen Trennung von Recht und Moral verstanden werden. Ersteres ist historisch, zweites methodisch fragwürdig:

„Aus den Thesen (1) ‚Recht ist auch dann Recht, wenn es inhaltlich nicht so ist, wie es sein sollte‘ und (2) ‚Recht gilt auch dann, wenn es inhaltlich nicht so ist, wie es sein sollte, oder wenn es so ist, wie es nicht sein sollte‘ folgt keine These (3), die besagte: ‚Recht muss nicht so sein, wie es sein sollte‘. Ein gängiges (allerdings diskreditierendes) Missverständnis gegenüber rechtspositivistischen Rechtsmodellen geht dahin, dass ihnen auch die These (3) zugeschrieben wird.“¹⁰

Bereits 1959 unternahm der ehemalige Landgerichtspräsident *Hubert Schorn* den Versuch, zu zeigen, „daß in jener Epoche noch mutvolle und gesinnungstreue Richter die Waage der Gerechtigkeit gehalten haben“¹¹, während für die Verfehlungen die „positivistische Verbildung“¹² verantwortlich gewesen sei. Die Wirkungs-

Dritten Reich, Reutlingen 1947; *Kindler, Franz*, Der Rechtspositivismus. Der erste Kriegsverbrecher und seine Überwindung, Linz 1948; *Hippel, Fritz von*, Die Nationalsozialistische Herrschaftsordnung als Warnung und Lehre, Tübingen 1946; *ders.*, Die Perversion von Rechtsordnungen, Tübingen 195 (zu *Fritz von Hippel* vgl. *Gross, Raphael*, Der Führer als Betrüger. Moral und Antipositivismus in Deutschland 1945/1946 am Beispiel Fritz von Hippels, in: Klein, Anne (Hrsg.), NS-Unrecht vor Kölner Gerichten nach 1945. Köln 2003, S. 23–34). Exemplarisch für den Bewusstseinswandel und die enorme weltanschauliche Flexibilität sind Schriften des Anthroposophen und Rechtswissenschaftlers *Ernst von Hippel* (vgl. *Staudenmaier, Peter*, Der deutsche Geist am Scheideweg: Anthroposophen in Auseinandersetzung mit völkischer Bewegung und Nationalsozialismus, in: Puschner, Uwe (Hrsg.), Die völkisch-religiöse Bewegung im Nationalsozialismus. Eine Beziehungs- und Konfliktgeschichte, Göttingen 2012, S. 473–490, S. 484). Begrüßte er 1935 noch die „Entfernung der Juden aus der Universität“ als Ausdruck der Ablehnung eines alten, positivistischen Wissenschaftsbegriffs (*Hippel, Ernst von*, Die Universität im neuen Staat, Königsberg 1933, S. 19), so klärte er 1959 über die Gefahren des Rechtspositivismus – bzw. das, was er darunter verstand – auf: „Schließt so der positivistische Rechtsstaatsgedanke Unrecht im Staate keineswegs aus, da die Gleichsetzung von Recht und Gesetz, von Gesetz und staatlichem Willen Unrecht von Rechts wegen erlaubt, ja heiligt (sacro egoismo), so bedeutet er außenpolitisch gesehen Nationalismus und Staatenanarchie.“ (*Hippel, Ernst von*, Mechanisches und moralisches Rechtsdenken, Meisenheim 1959, S. 195).

⁹ *Sandkühler, Hans Jörg*, Nach dem Unrecht. Plädoyer für einen neuen Rechtspositivismus, Freiburg 2015, S. 67.

¹⁰ *Lindner, Franz Josef*, Zum Verhältnis von Recht und Moral: Grundfragen der Rechtsphilosophie, in: Juristische Ausbildung 38 (1/2016), S. 8–16, S. 15. Die intensivere Auseinandersetzung mit der Rechtspositivismuslegende erfolgt in Kap. III.0 der vorliegenden Arbeit.

¹¹ *Schorn, Hubert*, Der Richter im Dritten Reich. Geschichte und Dokumente, Frankfurt am Main 1959, Vorwort.

¹² Ebd., S. 31.

macht der Rechtspositivismuslegende bestimmte auch die beginnende historiographische Auseinandersetzung. Das gilt z.B. für die vom ersten BGH-Präsidenten und vormaligen Reichsgerichtsrat *Hermann Weinkauff*¹³ im Rahmen des Projektes „Die deutsche Justiz und der Nationalsozialismus“ verfasste „Pionierarbeit“¹⁴, in der die „verheerenden Folgewirkungen des Rechtspositivismus auf die Haltung des Rechtsstandes unter dem Nationalsozialismus“¹⁵ beschrieben wurden. Die ursprünglich auf sieben bis acht Bände angelegte Reihe, mit der das Institut für Zeitge-

¹³ Vgl. zu diesem: *Himmelmann, Werner*, Das „Funktionieren“ der Justiz – Kontinuitäten und Brüche, in: Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.), *Justiz und Judentum*, Geldern 1999, S. 1–17, hier S. 13–15; *Godau-Schüttke, Klaus-Detlev*, Der Bundesgerichtshof. Justiz in Deutschland, Berlin 2006; *Herbe, Daniel*, Hermann Weinkauff (1894–1981). Der erste Präsident des Bundesgerichtshofs (Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts 55), Tübingen 2008.

¹⁴ So die Einschätzung *Joachim Rückerts* (*Rückert, Joachim*, *Justiz und Nationalsozialismus: Bilanz einer Bilanz*, in: Wengst, Udo/Möller, Horst (Hrsg.), *50 Jahre Institut für Zeitgeschichte. Eine Bilanz*, München 1999, S. 181–213, S. 183). Zu Entstehung und Rezeption des Werkes vgl. *Herbe*, Hermann Weinkauff (1894–1981), S. 273–283. In diesem Zusammenhang sei auch auf eine von *Weinkauff* bereits 1945 verfasste 37-seitige Denkschrift mit dem Titel „Allgemeines über die Aufgaben und Bedeutung des Reichsgerichts“, die den alliierten Militärbefehlshabern übergeben wurde, hingewiesen. „Das Kapitel IV dieser ‚Denkschrift‘ – ‚Die Stellung des Reichsgerichts unter der Herrschaft des Nationalsozialismus‘ – stellt den Beginn einer Mythenbildung dar, die in späteren Jahren fortgesetzt und intensiviert wurde. Denn dieses Kapitel enthielt Ansichten, Feststellungen und Bewertungen, die mit den wahren geschichtlichen Abläufen während des Dritten Reiches kaum etwas oder gar nichts gemein haben. Die Stoßrichtung dieser Denkschrift war nicht zu übersehen: Die Mitglieder des Reichsgerichts wurden als Opfer der NS-Machtthaber dargestellt, die trotz politischer Repressalien stets bemüht waren, das Reichsgericht vor Schlimmeren und letztlich noch als Hort der Gerechtigkeit zu bewahren.“ (*Godau-Schüttke*, *Der Bundesgerichtshof*, S. 79 f.). Zutreffend *Godau-Schüttkes* Bewertung, es handle sich bei dieser Denkschrift um den „Beginn einer Mythenbildung“ (ebd., S. 79). Bei *Herbe* findet sich zwar ein Hinweis auf die Denkschrift, dieser bleibt aber ohne jede kritische Anmerkung (*Herbe*, Hermann Weinkauff (1894–1981), S. 57–60); die Denkschrift befindet sich in der Bibliothek des BGH, Bestand RG, Signatur: E 51). *Weinkauff* war beim Reichsgericht zunächst Mitglied des 3. Strafsenats, der für „Blutschutz“- bzw. „Rasseschande“-Rechtsprechung zuständig war. Die Behauptung *Herbes*, er sei an dieser Rechtsprechung nicht beteiligt gewesen, muss aufgrund eines Fundes *Kramers* revidiert werden: „Dafür sorgt ein jetzt von Helmut Kramer im Staatsarchiv Erfurt entdecktes Urteil des Dritten Strafsenats des Reichsgerichts, an dem Weinkauff, damals noch als an das Reichsgericht abgeordneter Landgerichtsdirektor, mitgewirkt hat. In diesem Urteil vom 2. September 1936 bestätigte das Reichsgericht eine nach dem Nürnberger Blutschutzgesetz vom 15. September 1935 gegen den Kaufmann Hermann Horn aus Mühlhausen wegen ‚Rasseschande‘ verhängte Gefängnisstrafe von neun Monaten.“ (*Kramer, Helmut*, *NS-Justiz. Neues zu Hermann Weinkauff. Fataler Start des Bundesgerichtshofs. Überraschender Fund zu seinem ersten Präsidenten Hermann Weinkauff*, <http://kramerwf.de/Hermann-Weinkauff.325.0.html>, zuletzt abgerufen am 10.07.2019).

¹⁵ *Weinkauff, Hermann*, Die deutsche Justiz und der Nationalsozialismus: Ein Überblick, in: Weinkauff, Hermann (Hrsg.), *Die deutsche Justiz und der Nationalsozialismus I*, Stuttgart 1968, S. 19–188, S. 29.

schichte *Weinkauff* beauftragt hatte, wurde nach drei Bänden¹⁶ abgebrochen. Ein auf Initiative *Weinkauffs* vom ehemaligen Luftwaffenrichter *Otto Peter Schweling* verfasster Beitrag zur Wehrmachtjustiz wurde aufgrund seines apologetischen Charakters kein Bestandteil der Reihe¹⁷. Bemerkenswert – und zugleich eine mögliche Erklärung für die methodischen Mängel der generellen Ausrichtung – war, dass *Weinkauff* sämtliche von ihm ausgewählten Mitarbeiter¹⁸ bereits aus seiner Zeit beim Bundesgerichtshof kannte. Einzig *Lothar Gruchmann*, „frisch promovierter Politologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter beim IFZ, ergänzte und vervollständigte als einziger Nichtjurist das Arbeitsteam.“¹⁹ Problematisch an *Weinkauffs* Ansatz war weniger die Ausblendung individueller Verantwortlichkeiten²⁰ zugunsten einer Darstellung externer Faktoren, als vielmehr die Verbindung mit der politischen Zielsetzung einer Restitution des Naturrechts und dem Aufbau eines in diesem Sinne zu schulenden Richtertums.

Von einzelnen Ausnahmen²¹ abgesehen bildete die Problematik personeller Kontinuität oder die Auseinandersetzung mit der Funktionselite²² des „Dritten Reichs“ zunächst keinen Gegenstand der Forschung²³. Daran änderten auch die

¹⁶ *Wagner, Walter*, Der Volksgerichtshof im nationalsozialistischen Staat (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte Bd. 16), München 2011, erstveröffentlicht 1974; *Echterhölter, Rudolf*, Das öffentliche Recht im nationalsozialistischen Staat (Die deutsche Justiz und der Nationalsozialismus II), Stuttgart 1970; vgl. hierzu v. a.: *Rückert, Joachim* (Hrsg.), Abschiede vom Unrecht. Zur Rechtsgeschichte nach 1945 (Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts 87), Tübingen 2015, S. 135–163.

¹⁷ *Schwinge* gab das von ihm überarbeitete und gekürzte Werk 1977, also bereits nach dem Tode *Schwelings*, selbst heraus. (*Schweling, Otto Peter/Schwinge, Erich* (Hrsg.), Die deutsche Militärjustiz in der Zeit des Nationalsozialismus, Goldbach 1977; vgl. hierzu *Garbe, Detlef*, „In jedem Einzelfall ... bis zur Todesstrafe“. Der Militärstrafrechtler Erich Schwinge; ein deutsches Juristenleben, Hamburg 1989, S. 64–74).

¹⁸ Oberlandesgerichtsrat *Albrecht Wagner*; Ministerialrat *Rudolf Echterhölter*; Bundesanwalt bei der Bundesanwaltschaft i.R. *Walter Wagner*; Oberlandesgerichtsrat *Georg Knoblich*; Oberstaatsanwalt bei der Bundesanwaltschaft i.R.; *Otto Peter Schweling*; Oberlandesgerichtsrat *Rudolf Meise*; Bibliotheksoberrat beim Bundesgerichtshof *Hildebert Kirchner*; Richter am BGH *Werner Freitag* (vgl. hierzu: *Herbe, Hermann Weinkauff* (1894–1981), S. 274, FN 19).

¹⁹ Ebd.

²⁰ Die Auseinandersetzung mit der Rechtsprechungspraxis unter dem Nationalsozialismus umfasst lediglich vier Seiten (*Weinkauff*, Die deutsche Justiz und der Nationalsozialismus: Ein Überblick, S. 360–363).

²¹ *Bader, Karl*, Die deutschen Juristen, Tübingen 1947; *Wulf, Joseph/Poliakov, Léon*, Das Dritte Reich und seine Diener, Berlin 1956; *Güde, Max*, Justiz im Schatten von gestern. Wie wirkt sich die totalitäre Vergangenheit auf die heutige Rechtsprechung aus?, Hamburg 1959.

²² Als frühe Ausnahmen sind zu nennen: *Buchheit, Gert*, Richter in roter Robe. Freisler, Präsident des Volksgerichtshofs, München 1968; *Kolbe, Dieter*, Reichsgerichtspräsident Dr. Erwin Bumke. Studien zum Niedergang des Reichsgerichts und der deutschen Rechtspflege, Karlsruhe 1975; *Reitter, Ekkehard*, Franz Gürtner, politische Biographie eines deutschen Juristen. 1881–1941 (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter 13), Berlin 1976.

²³ Auch innerhalb der Justiz spielte die Thematik seit der Verkündung des Deutschen Rich-

Veröffentlichung belastenden Materials durch die DDR²⁴ ab Mitte der 50er Jahre²⁵, die 1959 erstmalig gezeigte Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“²⁶ oder das 1965 erschienene „Braunbuch“²⁷ zunächst wenig.²⁸ Zu nennen sind aber Beiträge im Rahmen der ab 1965 auf studentische Initiative veranstalteten Ringvorlesungen²⁹.

Jenseits der Deutung einer dem Nationalsozialismus als Opfer anheimgefallenen und durch den Rechtspositivismus wehrlos gemachten Rechtsprechung, wurde die Frage nach der Rolle der Justiz und dem Verhalten einzelner Akteure³⁰ ab Mitte der

tergesetzes (BGBl. I 1961, S. 1665) am 14. September 1961 kaum mehr eine Rolle, da mit § 116 vordergründig die Problematik personeller Kontinuität als gelöst erschien. Nach § 116 konnten sich Richter und Staatsanwälte, die in der Zeit vom 1. September 1939 bis zum 9. Mai 1945 als Richter oder Staatsanwalt in der Strafrechtspflege mitgewirkt hatten, auf eigenen Antrag in den Ruhestand versetzen lassen.

²⁴ Vgl. *Bästlein, Klaus*, „Nazi-Blutrichter als Stützen des Adenauer-Regimes.“ Die DDR-Kampagnen gegen NS-Richter und -Staatsanwälte, die Reaktionen der bundesdeutschen Justiz und ihre gescheiterte Selbstreinigung 1957–1968, in: Scheffler, Wolfgang/Grabitz, Helge/Bästlein, Klaus/Tuchel, Johannes (Hrsg.), *Die Normalität des Verbrechens. Bilanz und Perspektiven der Forschung zu den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen: Festschrift für Wolfgang Scheffler zum 65. Geburtstag* (Reihe deutsche Vergangenheit, Bd. 112), Berlin 1994, S. 408–443 sowie: *Miquel, Marc von*, *Ahnden oder amnestieren? Westdeutsche Justiz und Vergangenheitspolitik in den sechziger Jahren*, Göttingen 2004, S. 27–38.

²⁵ Bereits 1949 wurde in West-Berlin der „Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen“, eine von der CIA unterstützte Menschenrechtsorganisation zur Aufdeckung von Rechtsverstößen durch die DDR, gegründet (vgl. hierzu: *Hagemann, Frank*, *Der Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen. 1949–1969*, Frankfurt am Main, Berlin 1994).

²⁶ Die von Berliner Studenten kuratierte und erstmals in Karlsruhe gezeigte Ausstellung dokumentierte anhand der Kopien von Urteilstexten die Verbrechen der NS-Justiz und wies auf die Tätigkeit der Verantwortlichen in der Bundesrepublik hin (*Koppel, Wolfgang* (Hrsg.), *Ungesühnte Nazijustiz. Hundert Urteile klagen ihre Richter an*, Karlsruhe 1960; *ders.*, *Justiz im Zwielicht. NS-Urteile, Personalakten. Katalog beschuldigter Juristen*, Karlsruhe 1963; vgl. hierzu statt vieler: *Glienke, Stephan Alexander*, *Die Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“ (1959–1962). Zur Geschichte der Aufarbeitung nationalsozialistischer Justizverbrechen*. Baden-Baden 2008).

²⁷ *Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland* (Hrsg.), *Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik. Staat, Wirtschaft, Armee, Verwaltung, Justiz, Wissenschaft*, Berlin 1965; als Neuauflage 2002 erschienen: *Podewin, Norbert*, *Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Berlin (West)*, Berlin 2002.

²⁸ Das „Braunbuch“ wurde zwar zum „größten Agitationserfolg der Westarbeit“ (*Miquel, Ahnden oder amnestieren?*, S. 27) und journalistisch und publizistisch aufgegriffen, führte aber zu keiner Auseinandersetzung mit der Thematik in der Rechts- und Geschichtswissenschaft (zu der Resonanz in der Bundesrepublik vgl. ebd., S. 39–56).

²⁹ *Peters, Karl*, *Die Umgestaltung des Strafgesetzes in den Jahren 1933–1945*, in: Flitner, Andreas (Hrsg.), *Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus. Eine Vortragsreihe der Universität Tübingen*, Tübingen 1965, S. 160–177; *Kuhn, Helmut* (Hrsg.), *Die deutsche Universität im Dritten Reich. Eine Vortragsreihe der Universität München*, München 1966; *Freie Universität Berlin* (Hrsg.), *Nationalsozialismus und die deutsche Universität. Universitätstage 1966*, Berlin 1966.

³⁰ Hierzu auch: *Buchheit*, *Richter in roter Robe*.

60er Jahre³¹ durch eine Reihe bedeutsamer Publikationen aufgeworfen. Die Dokumentation *Ilse Staffs*³² (1964) lenkte den Blick auf die Urteilspraxis, die Ausbildung der Juristen und die Rolle der Rechtswissenschaft im „Dritten Reich“, *Bernd Rütters*³³ Habilitationsschrift (1968) analysierte die Methodik der Rechtsauslegung und *Herbert Jäger*³⁴ setzte sich mit unterschiedlichen Formen individueller Beteiligung an Makroverbrechen³⁵ aus kriminologischer Sicht auseinander

³¹ Auf die beginnende Diskussion um die rechtspolitischen und rechtspraktischen Fragestellungen zur strafrechtlichen Ahndung der nationalsozialistischen Verbrechen innerhalb der Rechtslehre hatten zwei Veranstaltungen maßgeblichen Einfluss. Zum einen die Tagung der Evangelischen Akademie Loccum 1961, bei der die an der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Ermittlung von Nazi-Verbrechen in Ludwigsburg tätige Staatsanwältin *Barbara Just-Dahlmann* einen von den Medien vielbeachteten Vortrag zu ihrer Tätigkeit hielt (vgl. hierzu *Weinke, Annette*, Eine Gesellschaft ermittelt gegen sich selbst. Die Geschichte der Zentralen Stelle Ludwigsburg 1958–2008 (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart 13), Darmstadt 2009, S. 40–60; *Greve, Michael*, Der justitielle und rechtspolitische Umgang mit den NS-Gewaltverbrechen in den sechziger Jahren, Frankfurt am Main 2001, S. 178–181), zum anderen die Königssteiner Tagung eines ausgewählten Kreises von Strafrechtlern und Rechtspraktikern und die dort vorbereitete Sonderveranstaltung des Deutschen Juristentages 1966 in Essen (mit den Beteiligten: Generalstaatsanwalt *Fritz Bauer*, Prof. Dr. *Jürgen Baumann*, Dr. *Hans Buchheim*, Generalstaatsanwalt *Hanns Dünnebiel*, RA Dr. *Gerhard Hammerstein*, Prof. Dr. *Ernst-Walter Hanack*, Senatspräsident Dr. *Hans Hofmeyer*, Wiss. Assistent Dr. *Herbert Jäger*, Prof. Dr. *Ulrich Klug*, Prof. Dr. *Karl Lackner*, RA *Henry Ormond*, RA Dr. *Anton Roesen*, Ministerialrat *Werner Roth*, Prof. Dr. *Claus Roxin*, Erster Staatsanwalt Dr. *Adalbert Rückerl*, Senatspräsident Prof. Dr. *Werner Sarstedt*, RA Dr. *Erich Schmidt-Leichner*, Prof. Dr. *Peter Schneider*; Prof. Dr. Dr. h.c. *Ernst Friesenhahn*; RA Dr. *Konrad Redeker*). Beide Ereignisse – der öffentlichkeitswirksame Vortrag *Just-Dahlmanns* und die Auseinandersetzung im geschlossenen Kreis auf dem Juristentag – sind allerdings eher Ausnahmen, die die Regel von der Zweitrangigkeit der Thematik bestätigen. Am eindrücklichsten kommt das in den Aussagen *Herbert Jägers* zum Ausdruck, der im Rahmen eines historischen Rückblicks auf die Veranstaltung im Jahr 2002 interviewt wurde: „Meine Habilitationsschrift [*Jäger, Herbert*, Verbrechen unter totalitärer Herrschaft. Studien zur nationalsozialistischen Gewaltkriminalität, Frankfurt am Main 1982, A. H.] ist 1982 noch mal als Taschenbuch bei Suhrkamp erschienen. Und da hatte ich erst große Sorgen. Ich habe gedacht: erste Auflage 1967, und dann sollte dieses Buch 15 Jahr später noch einmal erscheinen. [...] Ich habe Herrn Rückerl gebeten, das Buch noch mal kritisch zu lesen und zu sagen, ob sich eigentlich an den entscheidenden Aussagen etwas verändert hat. Er hat damals gesagt, ‚Nein, das Buch ist uneingeschränkt aktuell geblieben.‘ [...] Ich hätte eigentlich gedacht, in der Wissenschaft geht es doch sonst auch so: Da sind Erkenntnisse. Es kommen Anschlussforschungen. Die korrigieren und verbessern und differenzieren. Aber davon gab es nichts. Das fand ich deprimierend. Ich denke, was 1982 galt, gilt auch heute noch.“ (Interview mit *Herbert Jäger*, in: *Horstmann, Thomas/Litzinger, Heike* (Hrsg.), An den Grenzen des Rechts. Gespräche mit Juristen über die Verfolgung von NS-Verbrechen (Wissenschaftliche Reihe des Fritz Bauer Instituts 14), Frankfurt, New York 2006, 35–67, S. 59).

³² *Staff, Ilse*, Justiz im Dritten Reich. Eine Dokumentation, Frankfurt am Main 1964.

³³ *Rütters, Bernd*, Die unbegrenzte Auslegung. Zum Wandel der Privatrechtsordnung im Nationalsozialismus, Heidelberg 2012.

³⁴ *Jäger*, Verbrechen unter totalitärer Herrschaft.

³⁵ Vgl. hierzu auch *ders.*, Makrokriminalität. Studien zur Kriminologie kollektiver Gewalt, Frankfurt am Main 1989.

(1967)³⁶. 1968 erschien erstmals die Fachzeitschrift „Kritische Justiz“³⁷, in deren zweiter Ausgabe sich gleich drei³⁸ Beiträge mit rechtshistorischen Fragestellungen zum Nationalsozialismus auseinandersetzten.³⁹ In einem dieser Beiträge erläuterte *Christiaan Friedrich Rüter*, den „merkwürdig anmutenden Umstand“, dass die im Jahr 1968 begonnene Reihe „Justiz und NS-Verbrechen“⁴⁰ an der Universität Amsterdam ausgearbeitet wurde, mit dem Hinweis, dass von „allen – zuerst in der Bundesrepublik, später auch in den Niederlanden – angegangenen Verlagen [...] nur einer bereit [war], das Risiko selbst voll zu übernehmen: die Verlagsgemeinschaft ‚Associated Publishers Amsterdam‘“.⁴¹ Bis heute⁴² hat sich die Sammlung

³⁶ Zu nennen wären auch noch: *Johe, Werner*, Die gleichgeschaltete Justiz. Organisation des Rechtswesens und Politisierung der Rechtsprechung 1933–1945 dargestellt am Beispiel des Oberlandesgerichtsbezirks Hamburg, Hamburg 1967; *Thoss, Peter*, Das subjektive Recht in der gliedschaftlichen Bindung, Frankfurt am Main 1968; *Diehl-Thiele, Peter*, Partei und Staat im Dritten Reich. Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner innerer Staatsverwaltung 1933–1945, München 2¹⁹⁷¹.

³⁷ Vgl. hier auch folgende Sammelbände: *Redaktion KJ* (Hrsg.), Der Unrechts-Staat. Recht u. Justiz im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1979; *Redaktion KJ* (Hrsg.), Der Unrechts-Staat, Band 2, Baden-Baden 1984; *Redaktion KJ* (Hrsg.), Streitbare Juristen. Eine andere Tradition, Baden-Baden 1988; *Redaktion KJ*, Die juristische Aufarbeitung des Unrechts-Staats, Baden-Baden 1998; *Redaktion KJ* (Hrsg.), Streitbare Juristinnen. Eine andere Tradition II, Baden-Baden 2016.

³⁸ *Ramm, Thilo*, Nationalsozialismus und Arbeitsrecht, in: KJ 1 (2/1968), S. 108–120; *Jäger, Herbert*, Strafrecht und nationalsozialistische Gewaltverbrechen, in: KJ 1 (2/1968), S. 144–157; *Rüter, Christiaan F.*, Justiz und NS-Verbrechen, in: KJ 1 (2/1968), S. 174–179.

³⁹ In den Anfangsjahren war die KJ jedoch von einem faschismustheoretischen Zugriff geprägt, „von dem heute oft nur noch bekannt ist, das [sic] es ihn einmal gab. Die Artikel beschrieben lange und immer nur geradeausweisende Kontinuitätsbögen vom aufkommenden Kapitalismus und Liberalismus im frühen 19. Jahrhundert bis zum Nationalsozialismus – eine strenge Strukturgeschichte, die keine Akteure kannte.“ (*Foljanty, Lena/Wilke, Christiane*, Schwerpunkt: Kritisches Erbe – Nationalsozialismus, Recht und Erinnerung. Einführung in den Schwerpunkt, in: KJ 46 (3/2013), S. 236–244, S. 237 f.).

⁴⁰ *Rüter, Christiaan F./Mildt, Dick W. de* (Hrsg.): Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung (west-)deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen, 1945–2012. 49 Bde., Amsterdam, München 1968–2012 (im Folgenden als „Rüter, Justiz und NS-Verbrechen“ zitiert).

⁴¹ *Rüter, Christiaan F.*, Justiz und NS-Verbrechen, in: KJ 1 (2/1968), S. 174.

⁴² Inzwischen findet die Sammlung mehr Beachtung, doch noch 1998 verwies *Reiter* auf die nach wie vor bestehende Gültigkeit eines Kommentars von *Spendel* aus dem Jahre 1984: „Geradezu ein Ärgernis ist es aber, daß dieses Werk bei uns im Inland weitgehend unbekannt ist, jedenfalls nicht weiter beachtet wird, was wohl nicht zuletzt auf einem gewissen Verdrängungskomplex beruht. Die deutsche Strafrechtsdoktrin widmet sich statt dessen lieber reichlich theoretischen Untersuchungen, die meist ebenso mager wie ledern im Stil sind, etwa den Fragen, welche Struktur die Handlung habe, wodurch sich das ‚Handlungsrecht‘ vom ‚Erfolgsrecht‘ unterscheide und was dergleichen Subtilitäten oder Begriffsspielerien mehr sind. Sie befaßt sich aber nur wenig oder gar nicht mit den wirklich brennenden Problemen einer strafrechtlichen ‚Bewältigung‘ der NS-Vergangenheit. Das gilt sowohl für die Bestrafung der allgemeinen NS-Schandtat als auch für die Beurteilung der richterlichen NS-Schandurteile.“ (*Spendel*,

zum Leidwesen der mit dem Thema Befassten nicht als Standardwerk für die Zitation von Urteilen durchgesetzt.⁴³

Ob die 70er Jahre tatsächlich als „verlorenes Jahrzehnt“ mit einer am Recht desinteressierten und auf die sozialen Strukturen fokussierten „Bielefelder Schule“⁴⁴ bewertet werden können⁴⁵, bedürfte einer intensiveren Auseinandersetzung; auffällig ist aber, dass das Gros der erwähnenswerten Darstellungen⁴⁶ – wie die Studie von

Günter (Hrsg.), *Rechtsbeugung durch Rechtsprechung. Sechs strafrechtliche Studien*, Berlin 1984, S.1 89 f.; vgl. hierzu auch Reiter, Raimond, 30 Jahre „Justiz und NS-Verbrechen“. Die Aktualität einer Urteilssammlung, Frankfurt am Main, New York 1998, S. 7 f.).

⁴³ Wie problematisch das ist, mögen hier nur zwei Beispiele veranschaulichen. Von Miquel nimmt an einer Stelle Bezug auf die Entwicklung der Rechtsprechung: „Maßgeblich war hierfür [für die mit der Notwendigkeit des direkten Vorsatzes verbundenen Folgen, A. H.] das Urteil des BGH im Huppenkothen-Prozeß vom 7.12.1956, in: NJW 1957, S. 1158–1160.“ (Miquel, Ahnden oder amnestieren?, S. 25). Datum und Fundstelle beziehen sich auf ein anderes Urteil des Bundesgerichtshofs aus einem anderen Verfahren. Das Verfahren selbst – es handelt sich um das noch zu besprechende gegen *Max Simon* – findet bei *von Miquel* allerdings keine Erwähnung. Zudem ist die Angabe von Fundstellen in juristischer Fachliteratur als solches nicht unproblematisch, da aus den Zitationsketten nicht hervorgeht, ob es sich beim Abdruck lediglich um die Leitsätze, das gesamte Urteil oder Teilauszüge handelt. Auch ein Verweis auf die Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen (BGHSt) ist für historisch orientierte Arbeiten nicht empfehlenswert. So schreibt *Lamprecht* 1994: „Zwischendurch muß es, unbemerkt, Skrupel gegeben haben. 1956 erwähnte der *I. Strafsenat* zwei ‚unveröffentlichte Entscheidungen‘ aus den Jahren 1953 [BGH, 09.06.1953, 1 StR 198/53, in: Rüter, Justiz und NS-Verbrechen (X/lfd. Nr. 332), S. 233–240; vgl. hierzu Kap. 3, B.XVII.4, S. 403–406 der vorliegenden Arbeit, A. H.] und 1954 [BGH, 30.11.1954, 1 StR 350/53, in: Rüter, Justiz und NS-Verbrechen (XIII/lfd. Nr. 420), S. 336–343; vgl. hierzu Kap. 3, B.XIV.2, S. 373–378 A. H.], die offenbar ‚bedingten Vorsatz‘ für ausreichend gehalten hatten.“ (*Lamprecht, Rolf*, Vom Mythos der Unabhängigkeit. Über das Dasein und Sosein der deutschen Richter, Baden-Baden 1996, S. 562). Abgesehen davon, dass das auch eine – wie zu zeigen sein wird – inhaltlich falsche Aussage ist, finden auch 1994 die Bände X (1973) und XIII (1975) der Sammlung *Rüter* nicht die notwendige Beachtung (auch nicht im erneuten Abdruck im Rahmen eines Sammelbandes: ebd., S. 194). Zu einer ähnlichen Fehleinschätzung kommt es bei *Marcel Wieners*. So möchte der Autor den Tatbestand der Rechtsbeugung im Zeitgeistwandel untersuchen, geht dabei jedoch lediglich auf die in der amtlichen Sammlung enthaltenen Urteile ein (*Wieners, Marcel*, Rechtsbeugung im Zeitgeistwandel. Diss. iur., Köln 2000, S. 63–65). Der Zeitgeist setzt somit erst mit dem Urteil im Verfahren gegen *Rehse* (vgl. Kap. 3, B.XXII, S. 448–469 der vorliegenden Arbeit) ein. Die Festlegung des Erfordernisses direkten Vorsatzes verortet *Wieners* im *Rehse*-Verfahren, gibt aber die Fundstelle des Urteils im Verfahren gegen *Simon* (vgl. Kap. 3, B.XIX, S. 409–441) an (ebd., S. 50; 63).

⁴⁴ Vgl. hierzu statt vieler *Hitzer, Bettina/Welskopp, Thomas*, Die Bielefelder Sozialgeschichte. Klassische Texte zu einem geschichtswissenschaftlichen Programm und seinen Kontroversen, Bielefeld 2010.

⁴⁵ So *Thomas Henne* auf dem Forum Justizgeschichte 2013 (vgl. *Felz, Sebastian*, Tagungsbericht: Forschungen zur NS-Justiz nach 1945 – Eine Zwischenbilanz, 25.10.2013–27.10.2013, <http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-5289>, zuletzt abgerufen am 10.07.2019).

⁴⁶ Zur Veranschaulichung der Gefahren einer methodisch zu eng gefassten Auseinandersetzung sei hier auf die Darstellung *Hayo Uthoffs* hingewiesen. Entlang einer auf den Anschein der

Stolleis zu „Gemeinwohlformeln im nationalsozialistischen Recht“⁴⁷ – von Juristen stammten.⁴⁸ Zumindest lag ab dem Jahre 1974 eine deutsche Übersetzung⁴⁹ von *Ernst Fraenkels* „The Dual State“⁵⁰ vor, dessen zentrale Begrifflichkeiten „Doppelstaat“, „Normenstaat“ und „Maßnahmenstaat“ sich als anschlussfähige Kategorien zur Durchdringung des Herrschaftssystems des „Dritten Reichs“ erwiesen.⁵¹

In der Rechtswissenschaft war die Problematik der personellen Kontinuität der Richterschaft zumindest mittelbares Thema im Rahmen einer breiter angelegten Diskussion um das Verhältnis von Recht und Politik⁵², soziale Herkunft der Rich-

Wissenschaftlichkeit abzielenden weitest möglichen Abstrahierung von Begriffen gelangt *Uthoff* zur Auflösung jeglicher individuellen Verantwortlichkeit und Schuld: „Die NS-Verbrechen waren typisches Ergebnis diktatorischer Herrschaftstechnik und keine individuellen, sondern rollenhafte Handlungen. Die Verbrechen sind normativ am wenigsten den Rollenträgern selbst zuzuschreiben, wenn die ‚Verantwortung‘ die entscheidende unter mehreren Ursachen von Ereignissen abgegrenzt werden soll.“ (*Uthoff, Hayo*, *Rollenkonforme Verbrechen unter einem totalitären System*, Berlin 1975, S. 261 f). Daher hätten „[a]ußer den Mitgliedern der engsten nationalsozialistischen Herrschergruppe [...] deshalb – wenn überhaupt jemand – diejenigen die NS-Verbrechen mitzuverantworten, die die Diktatur und ihren Herrschaftsprozess beeinflussen konnten oder mitbestimmt haben.“ (ebd., S. 268 f.) Mit einer derartigen soziologischen Begriffskrobatik lässt sich indes auch der in die Struktur der Mafia eingebundene Auftragsmörder entschuldigen (zur weiteren treffenden Kritik an *Uthoffs* Ansatz vgl. *Hüttenberger, Peter*, Rezension zu: *Uthoff, Hayo*, *Rollenkonforme Verbrechen unter einem totalitären System*, Berlin 1975, in: *Historische Zeitschrift* 224, 1977, S. 494–496).

⁴⁷ *Stolleis, Michael*, *Gemeinwohlformeln im nationalsozialistischen Recht* (Münchener Universitätschriften. Reihe der Juristischen Fakultät 15), Berlin 1974.

⁴⁸ *Hientzsch, Ulf*, *Arbeitsrechtslehren im Dritten Reich und ihre historische Vorbereitung*. (Beiträge zum Arbeitsrecht 7), Marburg 1970; *Kirschenmann, Dietrich*, „Gesetz“ im Staatsrecht und in der Staatsrechtslehre des NS, Berlin 1970; *Kaul, Friedrich Karl*, *Geschichte des Reichsgerichts 1933–1945*, Glashütte im Taunus 1971; *Anderbrügge, Klaus*, *Völkisches Rechtsdenken. Zur Rechtslehre in der Zeit des Nationalsozialismus* (Beiträge zur politischen Wissenschaft 28), Berlin 1978.

⁴⁹ *Fraenkel, Ernst*, *Der Doppelstaat. Recht und Justiz im „Dritten Reich“*. Rückübers. aus dem Englischen von Manuela Schöps in Zusammenarbeit mit dem Verfasser, Frankfurt am Main 1974.

⁵⁰ *Ders.*, *The Dual state. Contribution to the Theory of Dictatorship*. Transl. from the German by E. A. Shils, in collaboration with Edith Lowenstein and Klaus Knorr, New York 1941.

⁵¹ Wie *Fraenkels* Kategorien im Rahmen einer Darstellung der Rechtsprechung fruchtbar gemacht werden können, haben *Ernst Noam* und *Wolf-Arno Kropat* in ihren Studien bereits unter Beweis gestellt (*Noam, Ernst/Kropat, Wolf-Arno*, *Juden vor Gericht. 1933–1945*. Dokumente aus hessischen Justizakten (Schriften der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen 1), Wiesbaden 21975; *Moritz, Klaus/Noam, Ernst*, *NS-Verbrechen vor Gericht. 1945–1955*: Dokumente aus hessischen Justizakten (Justiz und Judenverfolgung 2), Wiesbaden 1978); vgl. zur „Doppelstaatlichkeit“: *Dreier, Horst*, Was ist doppelt in Ernst Fraenkels „Doppelstaat“, in: *Peine, Franz-Joseph/Wolff, Heinrich Amadeus* (Hrsg.), *Nachdenken über Eigentum*. Festschrift für Alexander v. Brünneck zur Vollendung seines siebzigsten Lebensjahres. Baden-Baden 2011, 412–433.

⁵² Vgl. hierzu mit weiteren Hinweisen *Requate, Jörg*, *Politische Gestaltung durch die Justiz? Zur Auseinandersetzung um die gesellschaftliche Funktion des Richters in den „68er“ Jahren*, <http://www.uni-bielefeld.de/ZIF/Publikationen/Mitteilungen/Aufsaeetze/2000-4-Requate.pdf>,

Sachregister

- Aktion Reinhardt 27, 160, 164
Aktion Rheinland 318
Akzessorietät 86, 164
Analogieverbot 121, 153, 432
Auschwitz (KZ) 13, 167, 187, 472
Auschwitzprozesse 26
- Bedingter Vorsatz. *Siehe* dolus eventualis
Befehlsnotstand 155–156, 163–164, 191, 423
Belzec (KZ) 160, 163, 472
Beratungsgeheimnis 235, 289–290, 467, 491, 493, 498–499, 502, 509
Bielefelder Schule 9
Blutschutzgesetz 4, 88, 346–348, 351, 355–357
Braunbuch 6
- Chelmno (KZ) 159, 161, 164
cultural memory 42
cultural turn 37
- damnatio memoriae 17, 35
Denunziation 81–82, 89, 146–147, 178, 209, 448–449, 487–488
Dogmengeschichte 212
dolus directus 234–235, 250, 271, 288, 303, 405–406, 409, 418, 423, 428, 444
dolus eventualis 84, 251, 253, 263–264, 268, 288, 303–306, 309–400, 404–406, 409, 419, 428, 469, 494, 508
Doppelstaat 10, 152
duress 156–157, 163
- Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten 471–473
Emotivismus 135 f.
Endlösung 144, 366
Entschuldigungsgrund 96, 126, 144, 146, 153–157, 176, 247, 253, 257, 370, 432, 508
- Erinnerungskultur 37, 46
Erinnerungsort 38, 40, 109
Erinnerungspolitik 37, 496
Ersatzöffentlichkeit 228, 336–337
Europäische Menschenrechtskonvention 97, 104, 169, 172, 174, 177
Euthanasie 15, 32, 84, 101, 118 f., 124 f., 366, 469
Eventualvorsatz. *Siehe* dolus eventualis
- Feindbegünstigung 302, 449, 451–454, 465–466
Freiheitsaktion Bayern 293, 294–297
Führerbefehl 23, 101, 103, 108, 115–118, 122, 125, 143–144, 146, 296, 423, 508
Führerwille 63, 110, 122, 125–126, 282, 366
Funktionselite 5, 20, 111, 147, 205, 217, 222, 441, 468, 488
- Genozid 189, 195–196
Gesetzespositivismus 2, 18, 58, 60, 81, 230, 273, 352, 440
Gesetzliches Unrecht 58, 64–68, 71, 81, 83, 88–89, 94–95, 157, 171, 230, 348, 491, 507
Gesetz zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Strafrechtspflege 91
Gestapo 20, 47, 196, 199, 216, 224, 273–274, 449
Gewaltenteilung 141
Gewohnheitsverbrechergesetz 103, 347
Gleichheitsprinzip 67, 78–79
Gleichschaltung 113, 259, 296, 385
Grenzgesetz 168, 173, 175–176
Grundnorm 138 f.
- Haager Landkriegsordnung 91, 195
Haftungsprivileg. *Siehe* Richterprivileg
Hermeneutik 2, 19, 53

- Hermeneutische Situation 48
 High Command Case 188, 199–200
 Historikerstreit 13–14
 Holocaust 20, 37–38, 43–47, 99, 108–109, 116, 158, 183, 187, 469, 544, 546
- Institut für Zeitgeschichte 5, 44, 220
 Intentionalismus 12–13
- Katzenkönigfall 86
 Kellogg-Briand-Pakt 185, 187, 192
 Kernbereich des Rechts 167, 449
 Kontrollratsgesetz Nr. 10 91–94, 153, 155–156, 188, 205, 245–246, 250, 252, 255–257, 262, 270, 272, 285, 290, 306, 320–321, 325–327, 332–334, 340, 355, 357, 371–372, 395
 Krähenjustiz 216, 218, 507, 510
 Kriegssonderstrafrechtsverordnung (KSSVO) 166, 209, 223, 227–231, 236, 261, 273–274, 278, 281, 284, 302–303, 329, 335–336, 338–340, 367, 394, 400, 414–416, 428, 430, 438, 447, 454, 464–465
 Kriegsstrafverfahrensordnung (KStVO) 262, 267, 295, 320, 326–327, 329, 366, 375, 388, 395–396, 399, 403, 414, 417, 427
 Kulmhof. *Siehe* Chelumno
- Legalität 117, 146, 193, 391–392
 Londoner Abkommen 185, 188
- Manneszucht 227–228, 243, 260, 337–338, 340, 413, 443, 445
 Martens'sche Klausel 194–195
 Mauerschützen 97, 154, 167–178
 Mauerschützenprozesse 154, 167
 memory studies 38–44
 Menschenrechte 59, 67, 72, 79, 90, 154, 167, 169, 178, 274, 335
 Militärstrafgesetzbuch (MStGB) 144, 148, 155–156, 161, 164–166, 191, 258–260, 265, 319, 325, 328, 387, 395, 400–401, 413, 418, 421, 444, 447
 mittelbarer Täter 81–87, 178–180, 231, 240
- Nationaler Verteidigungsrat der DDR 171, 179
 Naturrecht 1–2, 5, 34, 55, 57, 64, 70–71, 88–89, 94, 99, 102–103, 105, 113, 126, 132, 134, 139–144, 147, 150, 153–154, 166, 169, 188, 191–192, 194, 256, 270, 298, 334, 345–346, 348, 372, 436, 440, 459, 487, 489–490, 510
 Naturrechtsrenaissance 60–61, 105–106
 Nicht-Recht 52, 66–67, 71–72, 75, 80–81, 96, 151
 Normenstaat 10, 120, 152, 254
 Nötigungsnotstand 146, 156–157, 162–164, 417, 447
nulla poena sine lege 83, 94–95, 97, 115, 141
 Nürnberger Gesetze 89, 109, 143–144
 Nürnberger Prozesse 24, 109, 188–189, 201, 203
- Objektformel 251, 258
 Ockhams Rasiermesser 102
 Office of Special Investigations 158
 ordinary language approach 133 f.
- Polykratie 13, 110
 Positivismuslegende 3, 62–63, 82, 118, 123, 352, 372, 386, 390–391, 436, 440, 458, 462–463, 466–467, 483–484, 508–509, 510
 Putativnotstand 156, 161, 163–164
- Radbruchsche Formel 58, 63, 79–80, 83, 96, 99, 106–107, 153–154, 167–169, 175–176, 219, 229, 235–236, 365, 391, 489, 496, 508
 Rechtfertigungsgrund 89, 92, 96, 103, 116, 126, 143, 146–147, 153, 156, 169, 171, 173–174, 176–177, 191, 232, 348, 365, 368–370, 381, 387
 Rechtsbegriff 2, 58, 67, 71–72, 74–75, 77–80, 89, 97–98, 100–104, 122, 129, 131–132, 142–143, 173–174, 270, 420, 433, 503
 Rechtspositivismus 1–2, 4, 6, 34, 55, 57, 63, 81, 357, 372, 436, 440, 455, 477, 484, 490
Siehe Rechtspositivismuslegende
 Rechtssicherheit 59, 65–71, 74, 81, 83, 89, 93, 95, 209, 219, 333, 503
 Rechtsstaat 73, 150–151, 290, 304, 459, 503–504
 Reichssicherheitshauptamt (RSHA) 119–120, 364, 383
 Richterbriefe 148, 216
 Richterprivileg 81, 149, 217, 219, 232, 236, 238, 242, 246, 248, 250, 253, 264, 266–268, 303, 306, 308, 309, 312, 315, 331, 343, 351, 371, 377, 381, 386, 391, 396,

- 403–404, 406, 409–410, 413, 416, 419–420, 423, 426, 434, 442, 446, 448, 458–459, 464, 474, 487–488, 490–492, 494–495, 508
- Rom-Statut 183, 187, 189–190
- Rückwirkungsverbot 51, 93–95, 97–99, 103–104, 115, 121, 126, 141, 143, 146, 153–154, 169–171, 177, 198, 282, 332, 334, 367, 372, 503, 509
- Schandgesetz 71
- Scheinverfahren 221, 225–226, 257, 274, 299, 304, 308–317, 319, 328–329, 343, 345, 347, 363, 365, 370–371, 376–378, 380–383, 388–391, 396, 399–400, 402–403, 405–409, 413, 418, 422–423, 430, 442–446, 467–468, 482, 489–490, 509
- Sein-Sollen-Dichotomie 135–139
- Shoah. *Siehe* Holocaust
- Sicherungsverwahrung 103–105, 107, 351
- Sittengesetz 227, 235, 253, 255–256, 272, 275, 333–334, 338, 489
- Skeptizismus 137
- Sobibor (KZ) 158–160, 162–165
- Sperrwirkung 255, 266, 273, 278, 309, 324, 371, 382, 418–419, 423, 493–495
- Srebrenica 157
- Standgerichtsverordnung 226, 273, 275–276, 361, 428, 432
- Straffreiheitsgesetz 207, 442–443, 446–448, 490
- Straftheorie 50–51, 474
- Strukturalismus 12, 45
- Subjektivierung 172, 354, 410, 420, 445–446, 467–469, 482, 489–490, 509
- Subjektivismus 85, 474
- Siehe* Tatbeteiligungsform
- Täterforschung 47, 111
- Täter hinter dem Täter 86–87, 178–179
- Täterkreis 169, 263, 266, 405–406, 412, 489
- Täterstrafrecht 222, 248, 257, 271, 292, 363, 410, 412, 433, 455, 468, 474, 488, 491, 509
- Teilnahmeform 82, 87, 178, 180, 391, 457, 458, 471, 474
- Teilnahmelehre 85, 178
- Totalitarismus 12–13
- Trawniki 158
- Treblinka (KZ) 158–160, 163
- übergesetzliches Recht 58, 64, 81, 89, 93–95, 98, 146, 157, 420
- überpositives Recht 64, 169, 173, 507, 509
- Überzeugungstäter 231, 252, 255, 358, 420, 459, 462, 491
- Ulmer Einsatzgruppen-Prozess 26, 433
- unbedingter Vorsatz. *Siehe* dolus directus
- Unerträglichkeitsformel 65, 67, 70, 73, 78–80, 85, 88, 90, 96, 103–104, 151, 173, 235, 508
- United Nations War Crimes Commission 182–183
- Unrechtsstaat 50, 63, 76, 142, 150–152, 174, 367–368, 434
- Utilitarismus 101
- Verbotsirrtum 87, 162, 167, 175, 253, 257, 447, 455
- Verbrechen gegen die Menschheit 189, 194–195, 203, 340
- Verbrechen gegen die Menschlichkeit 64, 91–92, 157–158, 185–190, 192–196, 199, 203, 205–207, 242, 244–245, 247–248, 250, 252–258, 262, 279, 283–284, 318, 320–321, 324–329, 331–336, 338, 340, 355, 357, 361, 371, 395, 398, 488
- Vergangenheitsbewältigung 36, 48, 58, 147, 151, 248, 387, 477
- Vergangenheitspolitik 25
- Verleugnungsformel 65–66, 68–69, 71–74, 78, 80, 85, 88–90, 102–103, 142, 151, 173–174, 503, 508
- Völkerstrafrecht 109, 126, 183, 187, 190
- Volksgerichtshof 28–29, 82, 273, 275, 284, 367–369, 383, 428, 449–454, 457–461, 463–466, 468, 470
- Vorsatzform 234, 264, 268, 287–288, 307, 309, 377, 403–405, 407, 409–410, 420, 428, 489–491, 502
- Wannsee-Konferenz 115
- Wehrmachtjustiz 5, 243
- Werterelativismus 74
- Willkürverbot 70, 100–101
- Zeugen Jehovas 460–461

Namensregister

- Alich, Wilhelm 452, 464
Altstötter, Josef 196
Arendt, Hannah 189, 195
Aristoteles 2
Arndt, Adolf 113, 122 f.
Arndt, Walter 452–453
Aschenauer, Rudolf 436
Ascher, Walther 217
- Baer, Marcel de 187
Bahner, Fritz 452–453
Bähr, Bruno 393
Bauer, Fritz 7, 367–368
Bauernfeind, Hans 294
Baumann, Jürgen 7
Baur, Johannes 341–342
Bellenger, Frederick 200
Berghofer-Weichner, Mathilde 213
Bernard, Henri 192–194
Bernays, Murray C. 184–185
Bevin, Ernest 200–201
Blieffert, Alfred 333
Bock, Heinrich 161–162
Bommel, Gerhard 225
Bonfils, Wolfgang 341–345
Bonhoeffer, Dietrich 363, 375, 378, 383
Bouhler, Philipp 118
Brand, Carl 214, 299, 301–304, 308, 310, 314, 343–345, 382, 424
Brandstetter, Elmar 427
Brandt, Karl 118
Brauchitsch, Walther von 199–201
Braun, Eva 117
Brumshagen, Karl 206, 318–324, 326–330, 336, 366, 371, 396–397
Buchheim, Hans 7
Buchwald, Friedrich 90
Burre, Walter 393
- Busch, Hans-Gerhard 245, 247, 262–264, 267–269
Busch, Ulrich 164
- Canaris, Wilhelm 363, 365, 370, 374–375, 378, 381
Caracciola, Günther 295–299
Cassese, Antonio 157
Chanler, William C. 184–185
Churchill, Winston 203
- Dehler, Thomas 308–309
Demjanjuk, John 158–161, 164, 474
Dohnanyi, Hans von 63, 363–364, 375, 378
Dönitz, Karl 199, 268, 399
Dörmann, Goswin 332
Douglas, Sholto 200
Dreher, Eduard 472
Dresky, Friedrich von 245, 247, 251
Dünnebier, Hanns 7
- Echterhölter, Rudolf 5
Eden, Anthony 202
Einem, Kurt von 436
Emminger, Erich 207
Engisch, Karl 59
Epp, Franz Ritter von 295
Erdemović, Dražen 157
Esser, Friedrich 415, 425
- Faustmann, Heinz 245, 262–264, 268–269
Ferber, Karl Josef 476–477, 483, 485, 492
Fernau, Walter 393, 399–400, 402–403
Filbinger, Hans 243
Florian, Friedrich Karl 319
Forsthoff, Ernst 63, 493
Fraenkel, Ernst 152, 254
Freisler, Roland 452, 454, 456, 463–468, 470, 474, 495, 502

- Freitag, Werner 5
 Fricke, Gerhard 358–360, 362–363
 Friesenhahn, Ernst 7
 Fritsch, Werner von 199
 Frohwein, Friedrich 413
 Funk, Walther 436

 Gackstatter, Leonhard 414–416, 418,
 422–423, 425–426, 429, 431–432, 435,
 437–438
 Gadamer, Hans-Georg 44, 48
 Garland, Judy 475
 Gebert, Hans 225, 232, 236, 238–239
 Gehre, Ludwig 363, 378
 Geier, Friedrich-Wilhelm 371, 434
 Gesell, Heinrich 319
 Giesler, Paul 295–298
 Globocnik, Odilo 160
 Glueck, Sheldon 185, 187
 Goerdeler, Carl Friedrich 82
 Görgülü, Kazim 496–497, 500–501
 Göring, Hermann 160, 199
 Göttig, Carl 81, 89
 Gottschalk, Friedrich 411–412, 414–415,
 421–423, 425, 429, 435–437
 Gruchmann, Lothar 5
 Günther, Eberhard 331, 336, 338–340
 Gürtner, Franz 20
 Guttenberg, Karl Ludwig Freiherr von und zu
 364

 Hagemann, Karl-Heinz 207, 243, 331–332,
 335–338, 340, 357
 Hammerstein, Gerhard 7
 Hanack, Ernst-Walter 7
 Hanselmann, Friedrich 414–415, 422, 425,
 429, 431, 436
 Hassencamp, Fritz 346–347, 356–357
 Haus, Wilhelm 317
 Havemann, Robert 407–408
 Heidegger, Martin 77, 218
 Heinrich, Hermann 472, 474
 Helm, Erwin 392–394, 400, 403–404
 Henricke, Paul 225, 236
 Henry-Hermann, Grete 94–95
 Heukelbach, Wilhelm 161–162
 Heydrich, Reinhard 160
 Heymann, Max 31, 341–342, 344–345

 Himmler, Heinrich 160, 259, 359, 392, 428,
 437–438, 440
 Hippel, Ernst von 59
 Hippel, Fritz von 59
 Hirsch, Günter 63
 Hitler, Adolf 13, 68, 81, 89–90, 160,
 199–200, 216, 226, 293, 295–296, 298, 331,
 335, 339, 359, 366, 369, 373–376, 379, 383,
 389, 432, 437, 455, 464
 Hobe, Cord von 438
 Hoegner, Wilhelm 223, 249
 Hoffmann, Alois 358–361
 Hoffmann, Eduard Hermann 427
 Hoffmann, Heinz Hugo 476–477, 483, 485,
 492
 Hoffmann, Karl 436
 Hofmeyer, Hans 7
 Holländer, Werner 31, 346–350, 352–357,
 465
 Holz, Karl 273–274
 Holzwig, Adolf 31, 243, 245, 246–248, 254,
 256, 259, 261–262, 264, 267–269, 271, 278,
 382, 494
 Huber, Ernst Rudolf 63
 Hübner, Rudolf 293–298, 316
 Hull, Cordell 184
 Huppenkothen, Walther 9, 329, 363–364,
 368–369, 371, 373–374, 376–381, 383–384,
 386–387, 389–390, 402–403, 409, 413, 489

 Imgart, Dagmar 449
 Ittner, Alfred 165

 Jagusch, Heinrich 371
 Jodl, Alfred 199
 Juchheim, Karl-Franz 446
 Jühns, Robert 163
 Jung, Robert 341–345
 Jürgens, Carl Franz 318–322, 328
 Jurkowski, Georg 452–453
 Just-Dahlmann, Barbara 7

 Kaltenbrunner, Ernst 374–375, 389
 Kant, Immanuel 140
 Kapperer, Adalbert 393, 399–403
 Katzenberger, Lehmann 88, 197, 475–478,
 480, 481–485
 Katz, Rudolf 332
 Kaufmann, Alfred 450

- Keitel, Wilhelm 199
Kelsen, Hans 76
Kesselring, Albert 424, 436, 439
Kessler, Edmund 346–347, 356–357
Keßler, Heinz 171, 173, 177
Kielmannsegg, Johann Adolf Graf von 439
Kirchner, Hildebert 5
Klier, Johann 160, 162
Klingenhagen, Walter 341–343
Kling, Richard 301
Klug, Ulrich 7
Knobelsdorf, Otto von 424, 436
Knoblich, Georg 5
Koch, Hans 364
Koegel, Max 365, 374–375
Koob, Josef 300, 302–304, 306, 308, 310, 345
Korreng, August 318
Kregel, Wilhelm 217
Krenz, Egon 171, 173, 177
Kreyssig, Lothar 124 f.
Kunkel, Josef 301
Kusch, Oskar 331, 335–337, 340
- Lachmann, Erich 163
Lackner, Karl 7
Lamberth, Emil 341–346
Larenz, Karl 19, 493
Lautz, Ernst 465, 467
Lehmann, Rudolf 199
Lengemann, Rolf 216
Linde, Otto 446
Lüdde-Neurath, Walter 268
Lüder, Curt 394, 398
- Maderholz, Friedrich 161–162
Maier, Johann 28, 223–225, 227, 230–236, 238, 240–241, 278, 316
Mann, Heinrich 63
Mann, Thomas 387
Manstein, Erich von 199–202, 436
Mantel, Ernst 384
Martin, Ludwig 384
Maunz, Theodor 18, 63, 493
Mauz, Gerhard 455, 484
Mehring, Anton 161–162
Meise, Rudolf 5
Metzger, Max Josef 449–454, 463–468, 471
Meuschel, Hans 277
- Michalski, Engelbert 393, 400, 403, 405
Montgelas, Franz Graf von 31, 273–275, 277–278
Montgelas, Maximilian Graf von 273
Moore, George Edward 138
Morgenthau, Henry 183
Moschel, Hans 415, 425–426
Mostian, Alfons 442
Müller, Heinrich 374–375
Müller, Joseph 452–453
Müller-Meiningen, Ernst 241
Müller, Walter 279, 282–290, 292, 355
Mykolajenko, Leonia 499
- Neumann, Franz 120 f.
Nowack, Wolfgang 392, 394–398
- Oberüber, Wilhelm 452–453
Oeschey, Rudolf 273
Ohlendorf, Otto 188, 436
Ormond, Henry 7
Oske, Ernst-Jürgen 470–471
Oster, Hans 363, 378
Otto, Ernst 411, 415–417, 423, 425–426, 429, 435
- Pal, Rabhabinod B. 187
Parrisius, Felix 465
Paulick, Johannes 358–363
Pell, Herbert 183–184
Pellonpää, Matti 177
Petersen, Rudolf 31, 206, 220, 242–245, 247–248, 253, 256, 262–263, 267, 272, 278, 282, 287–288, 292, 320–322, 324, 328, 330, 338, 340, 371, 376, 382, 395–397, 402, 404–405, 412–413, 448, 488, 499
Pointer, Richard 225, 232, 236, 238–239
Prior, Arthur N. 138
Pufendorf, Samuel von 126
Puttfarken, Joseph 81, 83, 90
- Radbruch, Gustav 1–2, 57–59, 64, 66–81, 83–95, 146, 151, 176, 178, 209, 219, 226, 229, 232, 235, 273–274, 277, 305–306, 309, 331, 372–373, 419–420, 448, 455, 459, 484, 502–504, 508–509
Raeder, Erich 199
Ranke, Leopold von 41
Redeker, Konrad 7

- Rehse, Hans-Joachim 9, 28–29, 31, 233, 280,
 449, 451–452, 454–458, 460–463,
 466–471, 474, 478, 492, 495, 502
 Reichensperger, Peter 150
 Reinecke, Günther 427
 Reinecke, Hermann 199
 Remer, Otto Ernst 367–368
 Reschny, Anton 259
 Roesen, Anton 112–114, 122
 Roosevelt, Franklin D. 182, 184
 Rosenberg, Alfred 69, 81
 Rößler, Johann 410–415, 421–422
 Rothaug, Oswald 196–198, 475–479, 482
 Rothfels, Hans 41
 Roth, Werner 7
 Ruckdeschel, Ludwig 224–227, 234, 236,
 238, 249
 Rückert, Adalbert 7
 Rundstedt, Gerd von 199–201

 Sack, Karl 363, 378
 Salisco, Alfred 296, 298
 Sander, Otto 245, 247–248, 262
 Sarstedt, Werner 472, 474
 Scheuner, Ulrich 63
 Schmidt, Guido 217
 Schmidt-Leichner, Erich 7
 Schmitt, Carl 19, 63, 150, 392–493
 Schneider, Peter 7
 Schnöller, Eugen 442, 444–445, 448
 Schorn, Hubert 3
 Schröder, Karl Boromäus 273–275, 277–278,
 489
 Schroeder, John Ulrich 90
 Schulte, Wilhelm 161–162
 Schultz, Heinz 245, 247
 Schütt, Hans-Heinz 163
 Schwärzel, Helene 82
 Schwarzenberger, Hans 414
 Schwarz, Johann 28, 224–225, 227, 230–241,
 249
 Schwede-Coburg, Franz 358–359, 362
 Schweling, Otto Peter 5
 Schwinge, Erich 5, 23, 166, 216, 259–260,
 302–303, 413, 427, 450
 Seiler, Irene 475, 481, 483–484
 Selbach, Helmut 351
 Shawcross, Hartley 200
 Shinwell, Emanuel 201

 Siebert, Wolfgang 493
 Simon, John Allsebrook 182
 Simon, Max 9, 31, 264, 309, 378, 409,
 411–415, 417–418, 421–426, 429, 432–439,
 448, 480, 490, 493–494, 508
 Smolka, Ernst 411, 415–417, 423, 425–426
 Sowa, Friedrich 224
 Staff, Ilse 7
 Steinke, Aleksander 161–162
 Stimson, Henry L. 184
 Strauß, Adolf 199–201
 Streletz, Fritz 171, 173, 177
 Strünck, Elisabeth 364
 Stumpf, Heinrich 393
 Susel, Herbert 393

 Taylor, Talford 200
 Thamm, Paul 332
 Then, Alois 224–225, 234–236, 238,
 240–241, 249, 488
 Thierack, Otto Georg 216
 Thorbeck, Otto 363, 373–374, 376, 378–381,
 383–384, 386–390
 Tracy, Spencer 475
 Trenk, Wilhelm 300–301

 Unverhau, Heinrich 163

 Voigt, Helmut 442

 Wagner, Albrecht 5
 Warlimont, Walter 199
 Weigand, Günter 351
 Weigert, Hans 308
 Weigert, Wolfgang 224, 236
 Weiglein, Karl 393, 400–402, 406
 Weiland, Erich 442, 444–445
 Weinkauff, Hermann 4–5, 270
 Welzel, Hans 114, 373
 Wendorff, Paula von 358–361, 363
 Werner, Bernhard 277
 Werner, Fritz von 217
 Westphal, Siegfried 436
 Wiesenthal, Fritz 390
 Wille, Bruno 437
 Will, Heinrich 450
 Willms, Günther 434–435
 Wirth, Christian 160, 163
 Wolf, Erik 59

Wolf, Franz 165

Wolfmeyer, Leonhard 414–416, 422–423,
425–426, 429, 431–432, 435, 437–438

Wulf, Joseph 47

Wüstenberg, Kurt 217

Zierke, Ernst 163

Zirkl, Joseph 223–225, 227, 230–236, 238,
241, 316

Zupančič, Boštjan 173, 177